

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
F. A. Hirsch, Hoffmeierant,
Dr. Gerber- u. Breitfeld-Ede,
Herr Liekisch, in Firma
J. Lammann, Wilhelmstraße 8.

Berantwortlicher Redakteur:
C. Fontane
in Posen.

Nr. 134

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
an den Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zweimal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Beziehungen nehmen alle Ausgaben
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Kommunizierender Jahrgang.

Dienstag, 23. Februar.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
F. A. Hirsch, Hassenstein & Posler S. A.
G. J. Dohle & So., Juvaldendorf.

Berantwortlicher Redakteur:
J. Klugkist
in Posen.

1892

Inserate, die schriftgestaltete Petitionen oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 22. Februar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Die zweite Beratung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt mit der Beratung der Petitionen von Betriebssekretären, Stations-
assistenten, Bahnmütern u. s. w. auf Rang- und Gehaltserhöhung, über welche dem Kommissionsantrag gemäß zur Tagessordnung
übergegangen wird, während Petitionen von Lokomotivführern, die Zeit gezeigt zu fixieren, von welcher an die definitive Anstellung
zu erfolgen hat, der Regierung zur Erwägung überwiesen werden.

Darauf wird die Beratung über die Ausgaben selbst fort-
gesetzt.

Bei dem Titel „Ersatzleistungen“ berichtet

Referent Abg. v. Tiedemann-Bomst (frk.) über die Ver-
handlungen der Kommission, in welcher die Eisenbahnunfälle zur
Sprache gekommen seien. Aus den dem Abgeordnetenhaus in der
Kommission seitens der Regierung gemachten Angaben gehe aber
hervor, daß die preußischen Eisenbahnen hinsichtlich der Unfälle die
günstigsten Verhältnisse in ganz Europa aufweisen.

Der Titel wird debattement bewilligt.

Bei dem Titel „Unterhaltung der Betriebs-
mittel“ fragt

Abg. Olzem (natl.) über die mangelhafte Zugverbindung
zwischen der Rheinprovinz und den Reichslanden, namentlich den
Mangel einer direkten Schnellzugverbindung zwischen Köln und
Strasburg.

Eisenbahminister Thielen erklärt, daß kein Bedürfnis für
eine besondere Schnellzugverbindung Köln-Straßburg vorliege.

Abg. Knebel (natl.) schließt sich dem Abg. Olzem an und hält
eine direkte Verbindung zwischen Köln-Straßburg im politischen
Interesse für vortheilhaft. Eine solche Verbindung würde auch
eine bequeme Verbindung zwischen Norddeutschland und den
Reichslanden zur Folge haben. Redner berichtet sodann, daß auf
dem Südbahnhof in Köln Schnellzüge nicht ankommen.

Eisenbahminister Thielen erwähnt, daß Norddeutschland,
namentlich Berlin, bereits eine vorzüglichere Verbindung mit den
Reichslanden über Frankfurt und Koblenz habe, als sie durch die
gewünschte Verbindung erreicht werde.

Abg. Broemel (dfr.) bringt die Frage der Kohlenpreise wieder zur Sprache. Die bedeutenden Differenzen in den Ansätzen für Kohlenpreise im diesjährigen und im vorjährigen Etat können nicht ihren Grund lediglich in den veränderten Bezugssachen haben. Denn in den verschiedenen Direktionsbezirken sind die Kohlenpreise theils niedriger, theils höher angezeigt, obgleich die Kohlenpreise im Allgemeinen steigend sind. Die Eisenbahnverwaltung wird auf die Bewegung der Kohlenpreise ein aufmerkames Auge haben müssen, zumal die Preise durch künftlich gebildete Ringe vertheutzt werden. Die Preise sind da am höchsten, wo die Ringe am stärksten sind, in Westfalen sind sie am höchsten gewesen. Von 1879-90 ist für die niederösterreichische, oberösterreichische, englische Kohle eine Preissteigerung zwischen 2,50 M. und 3,50 M. eingetreten, für die westfälische Kohle beträgt die Preissteigerung 5,25 bis 6 M. pro Tonne. Noch schlimmer stellt sich das Verhältnis, wenn man den Prozentsatz der Steigerung in Betracht zieht. Während die niederösterreichische und oberösterreichische Kohle um 60 Proz. im höchsten Falle stieg, betrug der Prozentsatz der Steigerung bei der westfälischen Kohle bis 120 Prozent. Ich möchte von der Regierung darüber Aufschluß erhalten, wie sie sich zu den Ringbestrebungen stellt.

Eisenbahminister Thielen: Wir haben im laufenden Jahre höhere Preise gewähren müssen, als sie im Etat angezeigt waren. Doch steht zu hoffen, daß wir mit dem Ansatz im vorgelegten Etat auskommen werden, da die Kohlenpreise sinkende Tendenz zeigen. Wenn der Redner fragt, wie wir uns zu der Preisbewegung stellen werden, so erwähne ich, daß ich das nicht weiß, und wenn ich es wüßte, so würde ich es doch nicht sagen. (Sehr richtig! rechts.) Neben die Kohlenringe mich auszulassen, habe ich hier keinen Grund. Das Eine aber muß ich sagen: wären diese Bechenvereinigungen nicht gewesen, so hätten wir in der Sturm- und Drangperiode des vorigen Jahres noch teurer laufen müssen. Unter dem Zwange der Streitverhältnisse haben wir auch englische Kohlen kaufen müssen, obgleich sie teurer waren, als die teuersten Ruhrkohlen, und ihre Heizkraft niedriger, als die der deutschen Kohlen.

Abg. Sander (nl.) wünscht den Bau eines neuen Speisesaals im Bahnhof zu Hildesheim.

Abg. v. Ehrenberg glaubt, daß es viel vortheilhafter sein würde, in dem Eisenbahnverkehr zwischen Berlin und dem Rhein Restaurationswagen zu führen. — Was die Kohlenringe betrifft, so sollte man nach den Ausführungen des Abg. Broemel glauben, daß es sich dabei nur um einen Akt der Bosheit handele. Nicht das Bestreben, hohe Preise zu erzielen, ist der Grund für die Vereinigungen, sondern das Bestreben, die Produktion zu regulieren. Herr Broemel hätte die Produktionsvertheuerung berücksichtigen sollen, welche durch die Bergwerkssteuer, die sozialpolitische Gesetzgebung und die Lohnerschöpfung herbeigeführt worden ist. Die Kohle genießt keinen Schutzpol und ist abhängig von der Gestaltung des Eisenbahnverkehrs. Die Verhältnisse der Kohlenproduzenten sind also sehr unsicher.

Abg. Broemel: Die Staatsbahnverwaltung, als der größte Kohlenkonsum, nimmt eine Stellung ein, die bei der Mehrzahl der übrigen Konsumenten Verwunderung erregen wird. Die Industriellen vereinigen sich jetzt, um den übertriebenen Ansprüchen der Zechen gegenüberzutreten. Die oberösterreichischen Walzwerksfabrikanten haben sich vereinigt zum gemeinsamen Bezug österreichischer Kohlen, um das Foch der oberösterreichischen Zechenverwaltung abzuschützen. Wenn die Ringe nach dem Auslande billiger verkaufen als im Innlande, so liegt darin die Verschleuderung eines Schatzes, der die Staatsbahnverwaltung in erster Reihe entgegenwirken sollte. Man muß doch den Ausführungen eines so bedeutenden Industriellen, wie es Frhr. v. Stumm ist, Beachtung schenken, und wenn dieser die Kohlenringe getadelt hat, weil sie durch den billigen

Preis, den sie den französischen Industriellen stellten, den deutschen Industriellen das Leben erschweren, so sollte man doch eine solche Rüge prüfen. Heilsam kann doch ein solcher Schleuderexport nicht sein. Nach der warmen Befürwortung der Kohlenringe seitens des Eisenbahministers ist eine Besserung des Zustandes leider nicht zu erwarten.

Eisenbahminister Thielen entgegnet, daß er den Werth der Kohlenringe nur für die Sturm- und Drangperiode des vorigen Jahres hervorgehoben habe, ohne im Allgemeinen ein Urteil über den Werth der Kohlenvereinigungen an sich abzugeben.

Abg. v. Ehrenberg meint, daß man die Frage der Preisbewegung nicht allgemein, sondern für jeden einzelnen Fall besonders beantworten müsse. Praktisch stellen sich die Verhältnisse durchaus anders, als es in den von nichtfachkundigen Männern geschriebenen Broschüren dargestellt werde.

Abg. Broemel erwähnt, daß Herr v. Stumm doch wohl ein Mann sei, der in der Praxis steht und die Sache kennt.

Abg. Burghard (Lauban, ntl.) wünscht Erhöhung der Tragfähigkeit der Güterwagen.

Abg. Broemel fragt, ob die geplante Neueröffnung der Züge in Lugus-, Schnell- und Personenzüge Tarifänderungen zur Folge haben werde.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Titel „Eisenbahnoberkommissariat zu Berlin“ bringt

Abg. Dr. Sattler (nl.) Beschwerden über den Fahrplan und die sonstigen Einrichtungen der noch nicht verstaatlichten Stargard-Küstriner Bahn vor.

Geh. Rath Ulrich erwähnt, daß der mangelhafte Verkehr eine Vermehrung der Züge auf dieser Bahn nicht angezeigt erscheinen lasse.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Bei den „einmaligen Ausgaben“ berichtet

Abg. Dr. Gerlich (frk.), daß der Ausbau der Bahnstrecken viel zu spät im Jahre, oft erst im Winter beginne.

Minister Thielen erwähnt, daß die Staatsbahnverwaltung erst dann mit dem Bau vorgehen könne, wenn die verfassungsmäßig erforderliche Geldbewilligung von allen Instanzen erfolgt sei.

Abg. Freiherr v. Piettenberg (ton) verlangt einen Ausbau des Bahnhofes zu Meiderich.

Minister Thielen erwähnt, daß bereits ein Projekt ausgearbeitet sei.

Auf eine Anfrage des Abg. Barth erklärt

Minister Thielen, daß die Vorarbeiten für den Ausbau der Bahnstrecke Zeitz-Camburg noch nicht beendet seien.

Abg. Cremer (wildst.) bemängelt, daß Schöneberg bei Berlin keinen bequemen Anschluß an die Wannseebahn hat. Sodann bedauert es Redner, daß bei Einführung des Berliner Vororttariffs eine Verbilligung der Zeitkarten nicht eingetreten sei.

Geh. Rath Ulrich erwähnt, daß die Frage wegen eines neuen Bahnhofes in Schöneberg nochmals erwogen werden wird. Die Zeitkarten in unserem Vorortverkehr seien billiger als in der ganzen Welt sonst. Doch unterliege die Frage der Zeitkarten einer genauen Prüfung nach der Richtung einer Vereinfachung ihrer Benutzung. Diese Vereinfachung werde vielleicht auch eine Verbilligung zur Folge haben.

Das Extraordinarium wird bewilligt.

Damit ist die zweite Beratung des Eisenbahnetats erledigt.

Zu dem sodann zur Beratung stehenden Berichte über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung für 1890/91 schlägt die Kommission folgende Resolution zur Annahme vor: Die Regierung aufzufordern a) den durch Veräußerung von Grundstücken der Eisenbahnverwaltung erzielten Erlös in Aussicht auf die offen stehenden Kredite für öffentliche Bauten zu verwenden und demgemäß in den Etat der Staatschuldenverwaltung aufzunehmen, b) den Verzicht auf den Bau der Bahnstrecke Lauenburg-Schwarzenbek näher zu erwägen und im Falle der Aufgabe des Ausbaues die hierfür bewilligten Baumittel als erspart nachzuweisen.

Abg. Halberstadt (dfr.): Man könnte sparsamer bauen, wenn man schneller bauen würde. Bei den Bahnen Kammin-Polnow, Hirschberg-Petersdorf ist der Bau viel zu langsam gewesen und verdirbt eine Menge Geld, das bei Einschlagung eines beschleunigten Tempos besser hätte angewendet werden können. Redner berichtet sodann über die langsame Fahrt des Zuges Breslau-Berlin von Kottbus nach Berlin.

Die Resolution wird angenommen und der Bericht durch Kenntnahme für erledigt erklärt.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Etat der Bahnverwaltung). Schluss 3½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 22. Febr. Ueber den Herrenabend beim Finanzminister Miquel sind nur ganz spärliche Nachrichten an die Öffentlichkeit gedrungen. Von einer Seite ist behauptet worden, daß die Politik so gut wie gar nicht berührt worden sei, von einer anderen, daß das Gespräch, an dem der Kaiser lebhafte Anteil nahm, eine ganze Reihe politischer Gebiete eingehend berücksichtigt habe. Wir hören diese letztere Darstellung bestätigen, zugleich mit der Befürzung, daß auch in dieser Unterhaltung wie kürzlich beim Reichskanzler jeder Versuch, durch eine Wendung des Gesprächs auf die Schulvorlage zu kommen, beim Kaiser ohne Anklage blieb. Ueber die Einzelheit der Unterhaltung im Palais am Kastanienwäldchen wird Schweigen beobachtet. Der Grund dieser Zurückhaltung liegt im Wunsche hervorragender Personen, denen die Publizität, welche die Tischgespräche bei diesen parlamentarischen Gesellschaften abenden gefunden haben, durchaus nicht immer gefallen hat. Schon beim ersten der beiden parlamentarischen

Diners, die Graf Caprivi gab, sind die Anwesenden in entsprechender, selbstverständlicher Weise bedeckt worden, und wer sich des früheren breiten Stromes von Mittheilungen erinnert, die von derartigen Veranstaltungen in die Blätter drangen, dem wird es bereits aufgefallen sein, daß gegenwärtig die Nachrichten unglaublich spärlicher fließen. Die vertraulichen Berichterstatter erfahren als Personen wohl so Manches, aber sie werden zumeist ersucht, das Gehörte nicht weiter zu verbreiten. Die Parlamentarier und sonstigen Persönlichkeiten, die in dieser Weise Korrespondenten und Redakteure unterrichten, ahnen wohl kaum, welchen schmerzlichen Zwiespalt zwischen Takt und Pflichtgefühl sie in der Brust der Publizisten hervorrufen. Immerhin ist es werthvoll und für die Beurtheilung der großen Tagesfrage des Schulgesetzes wichtig, daß gerade diese Frage überhaupt unerwähnt geblieben ist. Geheimnisse sind denn also nicht zu verborgen, aber das Schweigen über das Schulgesetz bedeutet an sich schon ein Geheimnis. — Das neue Spionagesetz ist mit einer Begründung versehen, der die entsprechenden Gesetze Österreichs, Frankreichs, Englands, Italiens beigegeben werden sind. Für Österreich liegt allerdings nur der Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs vor. Höher als in den Gesetzen der genannten Länder soll die Spionage und was dazu gehört, bei uns nach der neuen Vorlage allerdings kaum bestraft werden (nur Italien mit seiner milderen Gesetzgebung möchten wir ausnehmen), aber furchtbar hoch sind jedenfalls die Strafen, die der Entwurf androht. Die Begründung behauptet die Notwendigkeit von Ergänzungen des als durchaus ungänglich dargestellten jetzigen Zustandes mit den stärksten Worten. Als ein Vorzug des Gesetzentwurfs wird hervorgehoben, es seien die Strafandrohungen in so weitem Rahmen gehalten, daß sowohl leichtere Fälle wie andererseits die schwersten Treubruchfälle von Beamten und Angehörigen der Armee angemessen geahndet werden können. Ob das gerade ein Vorzug ist, wird doch wohl erst untersucht werden müssen. Es könnte unbefangenen Beurtheilern so erscheinen, als ob es ratsamer sein würde, den Gerichten keine so ungemeine Latitudine in der Beurtheilung ihrer Natur nach sehr verschiedenartiger Strafthaten zu lassen. Wir werden noch Gelegenheit haben, auf die wichtige Vorlage zurückzukommen, und wollen hier nur zweierlei berühren. Das Gesetz droht Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft für denjenigen an, der den von der Militärbehörde erlassenen Anordnungen zu widerstehen scheint. Anstalten des Heeres oder der Marine, Kriegsschiffe, Kriegsfahrzeuge oder militärische Versuchs- oder Übungsplätze betritt. Die Folge dieser Bestimmung dürfte in der Praxis des Lebens leicht die sein, daß gerade die harmlosesten Personen wegen einer Übertretung, bei der sie sich nicht das Geringste denken, in Angst und Ungelegenheiten wie in Strafe kommen. „Anstalten des Heeres“ sind auch die Kasernen. Die Absperrung des Heeres von der Bevölkerung könnte also durch entsprechende Anordnungen zu einem bisher ungewohnten Maße getrieben werden. Der zweite Punkt, der uns Bedenken macht, ist, daß die militärische Berichterstattung in der Presse durch dies Gesetz außerordentlich bedrückt, in manchen Fällen wohl gar unmöglich gemacht werden könnte.

— Kundgebungen gegen das Volksschulgesetz haben erlassen:

Der Brandenburgische und Pommersche Städtetag, der deutschfreimütige Parteitag für Schleswig-Holstein, auf dem Abg. Haenel sprach. Der Landesverein preußischer Voltschullehrer hat das Gesetz im Einzelnen durchberaten und Änderungsvorschläge beschlossen, welche in allen wesentlichen Punkten mit den Beschlüssen des ersten deutschen Februarstags übereinstimmen.

Stuttgart, 21. Febr. Die heutige Landesversammlung der national-liberalen Partei Württembergs nahm nach fünfständiger Beratung das bereits mitgeteilte Programm durch Mehrheitsbeschuß in allen wesentlichen Punkten an. Namens der Kammerfraktion erklärte jedoch Oberstleutnant Wolff, daß sich die Kammermitglieder der Partei an die einzelnen Punkte des Programmes, namentlich die Verfassungsrevision betreffend, nicht gebunden erachten. Vielfach wurde betont, daß eine liberale Haltung, als sie seither beobachtet worden, notwendig und das neue Programm wohlgeignet sei, dem Parteileben einen neuen Aufschwung im Sinne der alten freiheitlichen Richtung der national-liberalen Partei Württembergs zu geben.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 22. Febr. Der Entwurf des deutschen Spionagesetzes oder, wie dasselbe offiziell heißt, des Gesetzes gegen den Verrath militärischer Geheimnisse ist dem Reichstag soeben zugegangen. Durch § 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs wird nur der Verrath militärischer Geheimnisse an einer freiem Regierung unter Strafe gestellt. Dadurch werden, wie vor dem Reichsgericht stattgehabte Verhandlungen beweisen, für den Nachweis des Verbrechens oft unüberwindliche Schwierigkeiten geschaffen, da die Spionage regelmäßig durch Mittelspersonen betrieben wird, die Beziehungen zu einer fremden Regierung überhaupt nicht besitzen oder, falls solche bestehen, sie verbergen. Die

vorgeschlagene Bestimmung soll demnach jeden treffen, der vorsätzlich Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist oder Nachrichten solcher Art in den Besitz oder zur Kenntnis eines Anderen gelangen läßt, wenn er weiß oder den Umständen nach annnehmen muß, daß dadurch die Sicherheit des Reichs gefährdet wird. Die Strafandrohung — Buchthaus nicht unter 2 Jahren — bleibt bestehen; daneben kann, da das Verbrechen meist in eigennütziger Absicht begangen wird, auf Geldstrafe bis 1500 M. erkannt werden. Mildeende Umstände sind ausgeschlossen. Ferner soll auch die Spionage an sich unter Strafe gestellt werden ohne Rücksicht auf Zweck oder Erfolg. Steht der landesverrätherische Zweck der Spionage fest, so wird die Strafe von Gefängnis von 1 Monat bis 3 Jahre oder Festungshaft von gleicher Dauer auf Buchthaus bis 10 Jahre und Geldstrafe bis 10000 M. erhöht. Für die Presse, insbesondere die militärischen Schriftsteller von Interesse ist der § 7 der Vorlage. Darnach wird, wer aus Fahrlässigkeit Gegenstände oder Nachrichten der oben bezeichneten Art, die ihm nach seines Amtes, Berufs, Gewerbes oder eines besonderen Auftrags anvertraut oder zugänglich sind, in einer die Sicherheit des Reichs gefährdenden Weise in den Besitz oder zur Kenntnis eines Anderen gelangen läßt, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu 3 Jahren bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu 3000 M. erkannt werden. Wer Verbrechen dieser Art den Behörden anzugeben unterläßt, ist mit Gefängnis zu bestrafen. Endlich erhalten die §§ 87—90 des Strafgesetzbuchs eine verschärzte Fassung, indem mildernde Umstände oder im Falle des § 89 Festungshaft anstatt Buchthaus ausgeschlossen werden. Die Entscheidung über Anklagen wegen Vertrags militärischer Geheimnisse oder Spionage mit landesverrätherischer Absicht entscheidet in erster und letzter Instanz das Reichsgericht.

Berlin, 22. Febr. Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf über den Belagerungszustand in Elsaß-Lothringen zugegangen, welcher in der Hauptsache dem bereits für das obige Reichsgebiet geltenden preußischen Gesetz vom 4. Juni 1851 entspricht. Der Erlass eines allgemeinen Reichsgesetzes über den Belagerungszustand auf Grund des Artikels 68 der Verfassung bleibt vorbehalten.

Berlin, 22. Febr. Abg. Ritter brachte am Montag in der Budgetkommission beim Etat des Auswärtigen Amtes die Ausweisung des Berichterstatters des „Berl. Tagebl.“ Eugen Wolf aus Ostafrika zur Sprache, die er als keine glückliche Maßregel bezeichnet. Geh. Leg.-Rath Mayer suchte die Ausweisung mit der Agitation Wolf's gegen den Gouverneur v. Soden zu rechtfertigen; die Zulässigkeit der von dem Reichskanzler angeordneten Maßregel sei von den Rechtslehrern Meyer und v. Stengel anerkannt. Abg. Hammacher bezweifelte nicht die Rechtmäßigkeit, wohl aber die Zweckmäßigkeit der Maßregel, während die Abg. Ritter und Groeber (Bentr.) auch die Rechtmäßigkeit bezweifelten. Selbst der konervative Abg. v. Massow (man muß dergleichen bei konservativen Abgeordneten bezeichnender Weise stets als etwas Besonderes hervorheben! — D. Red.) hielt die Ausweisungsbefugnis nicht für so unbedingt sicher. Die Abg. Hahn (kon.) und Graf Behr (freit.) billigen dagegen, wie selbstverständlich, die Maßregel. Die Forderung von 500 000 M. für geheime Ausgaben (bisher 48 000 M.) wurde nach längerer Diskussion mit 16 gegen 6 Stimmen (Ritter, Barth, Hugo Hermes (fr.), Krebs, Sperlich (Bentr.) und ein Sozialdemokrat) bewilligt. Abg. Ritter erklärte sich bereit, den Fonds zu bewilligen, machte aber kein endgültiges Votum von der Preisgabe des Welfenfonds abhängig. Staatssekretär v. Marckhall konstatierte, daß aus dem Fonds Ausgaben für die inländische Presse nicht gemacht würden; die Zeitungen seien mit Nachrichten zufrieden. Auch für „Pol. Korresp.“ und Wolff's Telegr. Bureau sei nichts ausgegeben worden. Für Ostafrika wird das verlangte Pauschquantum von 2½ Mill. M. gegen die Stimmen der Freisinnigen bewilligt. Für das System Soden traten Dr. Hammacher und Dr. Barth ein. Geh. Rath Mayer wußte nicht zu sagen, ob der Antrag, als Reichstommissar zu fungieren, Emin Pascha vor dem Verlassen der deutschen Interessensphäre zu gegangen sei. Das Dampfer-Unternehmen Wissmanns bezeichnete er als augenblicklich gescheitert.

Militärisches.

= Versuche mit dem Sims-Edisonischen Torpedo in England. In der Stokes-Bat bei Portsmouth fanden fürzlich Versuche mit dem Sims-Edison'schen Torpedo statt. Auf Einladung der European Sims-Edison Electrical Torpedo Company wohnten den Versuchen die Marineattachés Italiens, Österreichs, Deutschlands (Kapitän Hasenclever), Frankreichs, Russlands, Spaniens, der Vereinigten Staaten und Chiles und eine Anzahl englischer und fremdländischer Offiziere bei. Zweck der Versuche war vor Allem, zu zeigen, daß ein Torpedo von einem in voller Fahrt befindlichen Schiffe aus in die See herabgelassen werden könne und der Wirkungsbereich des Torpedos sich auf 1½ englische Meilen erstrecke. Die Versuche gelangen vollkommen. Der Torpedo entwickelte eine Geschwindigkeit von 19 Knoten, eine außerordentliche Leistung für einen Torpedo, der schon mehrere Jahre im Gebrauch gewesen ist. Die anwesenden Fachleute waren der Meinung, daß dem elektrischen Torpedo noch eine große Zukunft bevorstehe und er sich nicht nur im Kriege, sondern auch zum Treiben von Rettungsbooten verwenden lasse. Der bei den in Rente stehenden Versuchen verwendete Torpedo ist 4 Jahre alt und wurde seiner Zeit für die Vereinigten Staaten hergestellt. Seitdem ist er sehr verbessert worden, so daß jetzt eine Geschwindigkeit von 21 Knoten erzielt ist und er 2 englische Meilen weit läuft. Das erforderliche Kabel ist im Innern des Torpedos aufgerollt. Eine große Anzahl dieser verbesserten Apparate ist gegenwärtig in der Herstellung begriffen. Der Vortheil der Sims-Edison'schen Torpedos über die anderer Gesellschaften besteht namentlich darin, daß von einer Station, die eine halbe englische Meile landeinwärts liegt, sich 12 an der Küste stationierte Torpedos leiten lassen. Der Feind kann niemals wissen, wo die Torpedos sich befinden, da ihre Lage beständig verändert werden kann. Die Versuche haben klar gestellt, auf wie große Entfernung man die Elektrizität auch als Treibmittel im Wasser benutzen kann. Auf dem Lande sind natürlich die elektrischen Torpedos erst recht verwendbar.

Aus dem Gerichtssaal.

* Berlin, 22. Febr. [Prozeß Ahlwardt. Schluss.] Bei der heutigen Wiederaufnahme der Verhandlungen im Prozeß Ahlwardt eröffnete Landgerichtsdirektor Brausewetter die Sitzung 9½ Uhr mit der Verleihung des Protokolls über die kommissarische Beherbung des erkrankten Zeugen Musikkreis Bander. Dieser hat eidlich bestritten, daß Biskit ihm jemals gegenüber geküßt, die Schuldeputation würde ihm dankbar sein, wenn er durch sein Zeugnis den Rektor Ahlwardt hineinlegte. Er bestreitet auch, dem Biskit eine dahin gehende Mitteilung gemacht zu haben, und erinnert sich nur, daß Biskit ihn einmal vor dem Umgang mit dem Angeklagten gewarnt habe. Im weiteren Verlaufe des Verhörs überreicht der Angeklagte eine Anzahl Drucksachen, um zu beweisen, daß fortgeschritten Rektoren unbunstand politische Agitation betreiben können, daß es aber einem hochkonservativen Rektor Becker genau so ergangen sei, wie ihm Justizrat Horwitz: Er sei vom Oberbürgermeister ausdrücklich aufgefordert worden, ernstlich den Magistrat dagegen zu vertheidigen, als ob er zugebe, daß er in der

artigen von dem Angeklagten kühn behaupteten Fällen der Kompetenz des Gerichtshofes unterstehe. Der Magistrat habe bereitwillig alle Akten, die über die angezogenen Fälle zur Verfügung standen, dem Gerichtshof zugestellt, auf ein Mehr würde er sich nicht einlassen. Die städtischen Behörden seien nur eine Delegation der allgemeinen Staatsverwaltung und unterstehen ebenso wie die Organe der letzteren der Kontrolle und der Untersuchung der vorgesetzten Organe. Dort werde die städtische Behörde jederzeit bereit sein, verantwortliche Aussagen zu machen, hier aber nicht. Wenn das so weiter fortgesetzt würde, könnte er sich daran nicht beteiligen. Der Fall Becker sei von dem Angeklagten wieder ganz willkürlich konstruiert. Dann es müsse demselben bekannt sein, daß gerade dem Rektor Becker gegenüber die Schulverwaltung mit einer sehr lobenswerten Unparteilichkeit verfahren sei und denselben im Amt belassen habe. Landgerichtsdirektor Brausewetter: Ich glaube doch, daß der Vertreter des Nebenklägers nicht einen richtigen Standpunkt einnimmt. Die Stadt hat den Strafantrag gestellt. Alle die Gegenstände, welche hier zur Sprache gekommen sind, sind auch in der Voruntersuchung erörtert worden. Wir sind verpflichtet, dem Angeklagten das Recht, den Beweis der Wahrheit anzutreten, nach keiner Richtung hin zu verkümmern, und ein etwaiger Protest des Magistrats kann auf den Gerichtshof von seinem Einfluß sein. Bei dergleichen Prozessen, wie der vorliegende wird es immer so gehen, daß der Angeklagte neue Beweisanträge stellt und wenn der Gerichtshof dieselben für wesentlich hält, ist er verpflichtet, denselben statzugeben. Dies geschieht auch in jedem anderen Beleidigungsprozesse, wo es sich um Beleidigungen von Staatsbehörden handelt.

Der Staatsanwalt beantragt, den Zeugen Schmidt darüber zu befragen, ob die Behauptung des Angeklagten, daß Schmidt als Agent des Magistrats von ungeheuren Schiebungen zu Gunsten der Juden bei Grundstückskäufen wisse, auf Wahrheit beruhe. Der Zeuge Schmidt erklärt zunächst, daß er gar nicht Agent des Magistrats sei. Er habe nie direkten Auftrag erhalten. Wenn er aus dem öffentlichen Ausschreibungen erschehe, daß die Stadt für irgend einen Zweck, zu einem Schmuckplatz einer Markthalle oder dergl. einen Grundstück brauche, so suche er ein solches aus und biete es dem Magistrat an. Der Angeklagte behauptet, daß der Zeuge Schmidt erzählt habe, bei der Markthalle für den Osten und an anderen Stellen seien ihm die Grundstücke von den Juden weggepakt worden. Zeuge Schmidt: Das ist gänzlich unwahr! Als der Angeklagte in meiner Wohnung war und aus mir in Sachen Pincushohn eine ihm günstige Aussage heraushaben wollte, habe ich ihm gleich gesagt, daß ich nichts aussagen kann. Angekl.: Als ich Sie besuchte, handelte es sich um die Grundstücke für die Markthalle im Osten, und da haben Sie sich allerdings geweigert, sich hier vor Gericht vernehmen zu lassen, da Sie bei dem Magistrat Ihr Brot hätten. Zeuge: Das ist eine grobe Unwahrheit. Ich habe Sie vielmehr aufgefordert, schleunigst mein Zimmer zu verlassen. Angekl.: Dann verzichte ich auf weitere Erhebungen nach dieser Richtung hin.

Es erfreut alsdann das Wort der Staatsanwalt von Rheinbaben: Der Angeklagte habe seiner Broschüre das Motto vorgelegt: „Greif nicht leicht in ein Weppen, doch wenn Du greifst, dann greife fest!“ Der Angeklagte habe allerdings einen großen Griff gethan, aber keinen festen, denn zur Feigheit gehörte vor allen Dingen die Wahrheit, und daran habe es der Angeklagte fehlen lassen. Die Verhandlungen hätten die Straftheaten, wie sie die Anklage aufführt, in vollem Umfange erwiesen, zunächst, daß der Angeklagte über seine Lehrer gräßliche Beleidigungen in der Absicht verbreitet habe, um dieselben verächtlich zu machen. Möge man es nun als unschön betrachten, daß die Lehrer heimlich eine Liste im Konferenzzimmer durchsehen, so viel müsse man doch zugeben, daß nach dem eidlichen Zeugnis des Lehrers Werner und nach dem Verhalten des Angeklagten zu den Beschuldigungen desselben der Angeklagte in Bezug auf die Weihnachtszählung ein ganz gutes und reines Gewissen nicht gehabt zu haben scheine. Nehmen man hinzu, daß es schon an und für sich nicht schön ist, wenn ein arg verschuldet Rektor solche Sammlungen veranstaltet und daß der Angeklagte dem Lehrer Klopstock zweifellos einmal tatsächlich Gehalt unterstellt hat, so stehe der Angeklagte durchaus nicht ohne weiteres außerhalb eines gewissen Verdachts, zumal die Lehrer tatsächlich eine Liste mit einer höheren Summe gesehen zu haben behaupten. Auf keinen Fall sei erwiesen oder auch nur anzunehmen, daß die Lehrer wider besseres Wissen demunzirt haben, und wenn der Angeklagte dies behauptet, dann beleidige er dieselben schwer. Gräßliche Beleidigungen richten derselbe ferner gegen den Lehrer Werner und den Rektor Tieb, sodann namentlich gegen seinen Vorgesetzten Dr. Zwisch, welchen er eines schmählichen Komplotts gegen ihn in so unerhörter Weise beschuldigte, daß man zu Gunsten des Angeklagten doch beinahe fragen möchte, ob sich derselbe nicht in einer hochgradigen Aufregung befinden habe, welche eine Verminderung seiner Berechnungsfähigkeit im Gefolge gehabt habe. Auch die Lehrer Klopstock und Bühring seien schwer beleidigt und der Fall mit dem Dr. Freudenberg zeige recht deutlich, in wie leichtfertiger und gewissenloser Weise der Angeklagte ganz unbeglaubigte und vom Hören-Lassen erfahrene Gerichte als positive Thatachen auffüllt, welche für die Ehre des Einzelnen von unberechenbarer Tragweite sein können. Der Angeklagte könnte sich nicht mit der frivolen Behauptung herausreden, als ob er die unwahre Thatache für wahr habe halten müssen, weil Dr. Freudenberg keinen Strafantrag gegen ihn gestellt habe. Viele Leute würden wohl gerade mit Rücksicht auf die ganze Persönlichkeit des Angeklagten von einem Strafantrage Abstand nehmen und wenn jemand durch solche dreifachen Behauptungen, die er auf die Autorität eines Barbiers hin in alle Welt hinausposaune, zur Stellung eines Strafantrages zwingen wolle, so würde dies doch eine Niedrigung des freien Willens der Mitmenschen sein, weit schlimmer als diejenige, über die sich der Angeklagte selbst beschwere. Die schwersten Beleidigungen seien diejenigen, die der Angeklagte gegen die Stadtbehörden stelle. Man könne diese Beschuldigungen zum großen Theil nur mit einem Lächeln begleiten und sich über die bodenlose Unkenntnis des Angeklagten mit den geltenden Einrichtungen wundern. Thatächlich beweise der Angeklagte auch einen auffälligen Mangel an Überlegung und eine Ungeschicklichkeit für den Kampf, den er sich vorgenommen habe, zu führen. Dem Angeklagten sei in der Voruntersuchung reichlich Gelegenheit gegeben, Beweise für seine ungeheuerlichen Behauptungen zu erbringen; aus den Beweisen, die er nun zusammengetragen, erzebe man recht deutlich, wohin er eigentlich mit seinen Behauptungen strebe: er wollte klar machen, daß mit Hilfe eines Bruches des Amtsgeheimnisses die Juden bei unserer fortschrittlichen Stadtverwaltung oft in die Lage kommen, städtische Gelder bei Seite fließen zu lassen. Keine Spur sei von den Beschuldigungen, die er aufgestellt, erwiesen worden, auch nicht durch Herrn Dopp, der ja doch immerhin eine gewisse Animosität gegen die städtische Verwaltung befunden habe, noch weniger durch den Agenten Schmidt, dessen Aussage vielmehr den Angeklagten einigermaßen kompromittiert, denn es habe fast den Anschein, als ob der Angeklagte versucht habe mit nicht ganz lauter Mitteln auf das Zeugnis dieses Zeu-

gen einzuwirken. In keinem Falle sei erwiesen, daß auch nur ein Schatten auf die Schuldeputation fiele, als ob sie sich von politischen Gesichtspunkten und nicht von pflichtgemäßem Handeln leiten lasse. Der Angeklagte sei vollständig den Beweis schuldig geblieben, daß die Schuldeputation nicht nach Recht und Gerechtigkeit gehandelt habe; es zeige sich vielmehr überall bei dem Angeklagten eine solche gereizte Stimmung, daß sich in seinem Gehirn ein wunderbares Gewirr von Thatachen und Urtheilen festgesetzt habe. Nichts sei auch davon erwiesen, daß politischer Terrorismus in der Stadtverwaltung herrsche. Die „schauerlichen Enthüllungen“, welche Herr Dopp über die angebliche Korruption machen sollte, haben sich als in der Weinlaune gemachte Mittheilungen eines Stadtverordneten ergeben, und auch die Angelegenheit des Dr. Hermes könne dem Angeklagten nicht als Beweismittel dienen. Herr Dr. Hermes habe es als taktlos bezeichnet, wenn er es unternommen haben würde, mit Lehren und Rettoren Gespräche über die Abstammung des Hesslandes zu führen. Bei näherem Nachdenken würde er vielleicht zu der Überzeugung kommen, daß die Bezeichnung vielleicht auch darauf passen würde, wenn ein Mitglied der Schuldeputation, noch dazu ein Dissident, solche Gespräche mit Bewerbern aus dem höheren Schulweisen führt. So bedauerlich also dieser einzelne Fall sei, so werde dadurch in keiner Weise das allgemeine beleidigende Urtheil des Angeklagten erwiesen. In rechtlicher Beziehung beantragte der Staatsanwalt, dem Angeklagten für den Inhalt seines Machwerkes den Schutz des § 193 zu veraffen, überall, den Angeklagten der Beleidigung auf Grund nicht erweislich wahrer Thatachen für schuldig zu erklären, im Uebriegen aber nur eine einheitliche Handlung anzunehmen. Der Angeklagte scheine sich der Schwere der Beleidigungen gegen seine direkt vorgesetzte Behörde nicht bewußt gewesen zu sein, andernfalls wäre seine Strafe hoch genug für ihn. Man müsse aber darauf Rücksicht nehmen, daß der Angeklagte bei der Abschrift dieses Buches noch Beamter des Magistrats gewesen sei und eine ungeheure Dreistigkeit dazu gehöre, auf Grund unverbürgter Gerüchte solche Beschuldigungen gegen eine Behörde zu schleudern und leichtfertig und frivoll beinahe wissenschaftlich falsche Behauptungen aufzustellen, daß ferner der Angeklagte nicht im augenblicklichen Affekt, sondern in Wort für Wort überlegter Weise gehandelt habe. Der Angeklagte habe die Broschüre so geschrieben, daß sie für die Leser einen Ekel darbieten und ihm auch finanzielle Vortheile bringen würde, und deshalb falle sein Machwerk unter das Kapitel der gewerbsmäßigen Chrabuschneiderei. Der Angeklagte, als Jugendbildner und Erzieher, hätte ganz besonders daranstreben müssen, den Kindern ein Vorbild zu sein, statt dessen habe er das vierte und achte Gebot planmäßig überschritten und in seinem Buche „Aiterreden und bösen Leumund“ besonders lästern ausgestreut. Mit Rücksicht auf die schwere Gefährdung der Autorität seiner vorgesetzten Behörde und der Bedrohung des öffentlichen Friedens, deren sich der Angeklagte schuldig gemacht, beantrage er ein Jahr Gefängnis, Befugnis der Urtheilsveröffentlichung und Unbrauchbarmachung der Blätter und Formen.

Justizrat Dr. Horwitz bittet zu beachten, daß es sich hier um ein Gemeinwesen handele, welches den viersten Theil der gesamten Einkommensteuer des Staates aufbringe und daß eine Auseinandersetzung der Integrität dieser Verwaltung und ihrer Organe geeignet sei, die Autorität der Obrigkeit herabzusetzen. Es handele sich hier um ein Analogon zu den Beleidigungen von Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen. Er, Redner, verwarf sich dagegen, daß der Mann, der in seinem Buche 100fach unwahre Beschuldigungen, Verleumdungen und Beleidigungen ausstreue, etwa als gleichwertig erachtet werde mit den Personen, welche hier unter ihrem Eide aus ihrer Amtsstellung heraus ihre von ihm abweichennden Aussagen gemacht haben. Wenn nun auch die Erklärung des Dr. Hermes vielleicht auf den Gerichtshof keinen günstigen Eindruck gemacht haben sollte, so habe doch die Schuldeputation mit dieser konfessionellen Gesinnung eines einzelnen Mitgliedes nichts zu thun. Bei der Würdigung der einzelnen Momente der Beweisaufnahme und Widerlegung der verschiedenen Behauptungen des Angeklagten kommt der Vertreter des Nebenklägers zu der Überzeugung, daß hier von einer plötzlichen Erringung des Angeklagten gar keine Rede sein könne. Dem Magistrat kommt es nicht so sehr auf das Strafmaß an, sondern darauf, die Behauptungen des Angeklagten gerichtlich als das zu kennzeichnen, was sie sind nämlich als grundlose Verleumdungen. In keinem einzigen Falle sei es dem Angeklagten gelungen, einen Beweis für seine Behauptungen zu erbringen, und er müsse deshalb im Namen des Magistrats den Strafantrag aufrecht erhalten. Gleichzeitig beantrage er, die Publikation auch in der „Staatsb. Ztg.“ zu verfügen und gebe anheim, ob vielleicht in diesem Falle davon Gebrauch gemacht werde, nicht nur den Tenor des Erkenntnisses, sondern das gesamme Erkenntnis zu publizieren.

Dem Rechtsanwalt Stadtthagen als Vertreter des als Nebenkläger zugelassenen Dr. Freudenberg liegt gar nichts an dem Strafmaß, er bittet nur um die Publikationsbefugnis.

Vertheidiger Rechtsanwalt Schwind behauptet, daß die Lehrer garnicht in der Ausführung ihres Amtes beleidigt worden seien. Schwerer wiegen die Behauptungen des Angeklagten in Bezug auf die Mitstände in unserer städtischen Verwaltung. Erweisen lassen sich solche Behauptungen niemals ganz, aber man werde es dem Angeklagten doch zugeben müssen, daß es ihm gelungen sei, für viele seiner Behauptungen das Gefühl der Wahrscheinlichkeit zu erwecken. Er gebe zu, daß, wie dies in der Natur der Sache liege, in einzelnen Fällen der Angeklagte seine Behauptungen nicht bis zum letzten Tropfen habe erweisen können, daß er sich bisweilen auch im Ausdruck vergriffen habe, soviel gehe aber doch aus der ganzen Verhandlung hervor, daß es dem Angeklagten nur darauf angekommen sei, klar zu machen, daß „etwas faul sei im Staate Dänemark“ und den maßgebenden Persönlichkeiten ein „videant consules“ zuzurufen. Er bitte die große Erregung des Angeklagten und seine bisherigen Unbescholtenheit milde in Betracht zu ziehen.

Justizrat Dr. Horwitz bestreitet diese Ausführungen nochmais mit aller Entschiedenheit, daß auch nur ein Fota von den Beschuldigungen des Angeklagten erwiesen sei.

Der Angeklagte, welcher schließlich das Wort ergreift, giebt zu, daß er bei Abschrift des Buches sehr erregt war, bestreitet aber jeden Mangel an Berechnungsfähigkeit. Er sei erregt gewesen, daß unter Vaterland der Judentheftlichkeit verfallen und daß die Juden die unteren Stände korrumpt, die mittleren ruinirt und die oberen duplit hätten. Er habe sich den Schwur geleistet, mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften gegen das Nebenwesen des Judentums zu kämpfen. Er habe geglaubt, daß, wenn alle die Leute, welche als Zeugen vorgeladen waren, auch seine Todfeinde seien, dieselben doch unter der Wucht des deutschen Eides des Wahrsprechens sagen würden. Dieses Zutrauen sei der große Kardinalfehler, welchem er sich hingegeben und dadurch sei es gesonnen, daß er nun von den Zeugen im Stiche gelassen werden. Er bestreite, daß er materiellen Nutzen mit seinem Buche verfolgt habe und könne sich darauf berufen, daß das Bankhaus Pariser ihm ganz gewaltige Summen für eine Zurückziehung des Buches geboten habe. Er habe nur seinem Vaterlande dienen wollen und danach bitte er ihn zu beurtheilen.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis, den Beleidigten wird die Publikationsbefugnis in der Zeitung „Die Post“ zugesprochen und auf Unbrauchbarmachung der intrümmer Stellen erkannt.

Vermischtes.

Über die Bevölkerung der Pariser Universität giebt der "Temps" eine Statistik. Es erhebt daraus, daß letztere im Schuljahr 1890/91 von 10 518 Studenten, d. i. 344 mehr als im Vorjahr, besucht worden ist. Die größte Zahl der Schüler umfaßt die medizinische Fakultät, nämlich 4074. Ihr folgte die Rechtsfakultät mit 3091. Der Philologie (lettres) bestanden sich 1091, der protestantischen Theologie etwa 50, der exakten Wissenschaft 668 Schüler. Die Apothekerhochschule endlich zählte 1560 Schüler. Ein beträchtlicher Theil der Studenten sind Fremde: 1142 (gegen 1086 im Vorjahr). Auch unter ihnen bilden die Mediziner die Mehrzahl, 809, ein Fünftel der französischen Kommunitäten. Der "Temps" bemerkt hierzu, daß dies Verhältnis ein bedauerliches sei, da die fremden jungen Aerzte sich häufig in Frankreich niederleben und, weil sie vom Militärdienst befreit wären, den französischen Kollegen zuvorkommen könnten. Die medizinische Fakultät hat im letzten Jahre 274 Doktor-Diplome vertheilt, wovon 43 an Fremde. Die Rechtsfakultät zählt 168 ausländische Schüler, die philologische 76, die theologische (protestantische) 15, die wissenschaftliche 70. Für die Medizin nehmen die Russen, Nordamerikaner, Engländer, Rumänen, Türken und Griechen den ersten Rang ein, für die Jurisprudenz haben die Donaufürstenthümer, die Türkei, Ägypten und Canada die meisten Schüler geschickt. Unter den Büchern der naturwissenschaftlichen Fakultät sind die Engländer, Russen und Griechen, unter denen der philosophischen die Deutschen und Schweizer vorherrschend. — Die weibliche Bevölkerung der Universität war seit dem Vorjahr von 152 auf 252 Damen gestiegen. Man glaubt irrtümlich, daß sie ausschließlich aus Fremden bestehen. Die medizinische Fakultät zählt allerdings 103 Russinnen, aber auch 18 Französinnen, 6 Engländerinnen u. s. w. Es fehlt sogar nicht an zwei Türkinnen. In jeder philologischen Abtheilung sind die Französinnen ganz überwiegend; 82 gegen 15 Fremde, in den naturwissenschaftlichen kommen auf 15 Fremde fünf Französinnen. Drei Russinnen haben im vorigen Jahre das Doktor-Diplom erworben.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt a. M., 22. Febr. Nach Mittheilungen der "Frz. Ztg.", welche derselben von authentischer Seite zugegangen sind, ergaben die Steuererklärungen in der Stadt Frankfurt 4 500 000 M. gegen 2 500 000 M. der früheren Veranlagung; das Plus beträgt daher 80 Prozent.

Strasburg i. E., 22. Febr. Der Bezirkspräsident des Oberelsaß hat die Ausweitung des schweizerischen Staatsangehörigen Max Dollfus, Sohnes des Großindustriellen August Dollfus in Mühlhausen, verfügt. M. Dollfus, der im Jahre 1864 geboren ist, wanderte kurz vor Eintritt in das militärische Alter aus und kehrte kurzlich in die Reichslande zurück, ohne der Polizei seine Ausweispapiere vorzulegen.

München, 22. Febr. (Kammer der Abgeordneten.) Die Kammer beriet heute den Etat der Zölle und indirekten Steuern. Der Ertrag des Malzaufschlages wurde gegenüber dem Budget-Entwurf um 700 000 M. erhöht und mit 36 Mill. M. bewilligt. Bezüglich der in Italien erhobenen inneren Biersteuer erklärte der Finanzminister eine politische Beeinflussung für unangängig. Ferner hob der Minister hervor, die bayerische Regierung sei wie bisher weiter bemüht, die Interessen der bayerischen Interessenten gegenüber dem Import von russischem Hopfen durch einen entsprechenden Zoll wahrzunehmen.

Wien, 22. Febr. Gegen 500 beschäftigungslose Arbeiter hielten heute in Hernals eine Protestversammlung gegen jede Verzögerung in der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen ab. Nach Schluß der Versammlung setzte sich die Menge nach dem Rathause in Bewegung. Die Polizei trat dem Zuge bei der Hernalser Linie entgegen und trennte denselben unter Vornahme mehrerer Verhaftungen; ein Theil des Zuges schlug Umwege ein und entwendete eine Deputation nach dem Rathause. Hier waren inzwischen die Gitter geschlossen worden und wurden die Mitglieder der Deputation verhaftet. Ernstere Ausschreitungen sind bisher nicht vorgekommen.

Pest, 22. Febr. Beide Häuser des Reichstags hielten heute Sitzungen ab, in welchen unter lebhaften Diskussionen die Thronrede verlesen wurde.

Petersburg, 22. Febr. Neuere Mittheilungen bestreiten, daß eine sofortige Aufhebung des Ausfuhrverbots auf Hafer aus den baltischen Häfen bevorstehe.

Petersburg, 22. Febr. Vaut Melbung aus Kasan hat das dortige Militärgericht den Kleinbürger Kotschurichin wegen des gegen den Gouverneur von Kasan begangenen Attentats standrechtlich zum Tode durch den Strang und den Ehrenbürger Archangelsk, welcher die Ansicht Kotschurichins kannte, aber nicht zur Anzeige brachte, zu 15jähriger Zwangsarbeit verurtheilt. Vom Militärgericht wurde jedoch beschlossen, eine Milderung der Strafen nachzusuchen.

Paris, 22. Februar. Präsident Carnot empfing heute eine Anzahl Senatoren und Deputirte, welche der Presse angehören, und hörte deren Ansicht über die Bildung eines neuen Kabinetts.

Lissabon, 22. Febr. Die Verhaftung des früheren Ministers Mendoza Cortez ist mit Unterschlagungen von Wertpapieren des Banco Lusitano begründet worden. Wahrscheinlich dürfte der Verhaftete ins Militärgefängnis überführt werden.

London, 22. Febr. [Unterhaus.] Der Präsident des Amts für Ackerbau Chaplin beantragte die erste Leitung der Vorlage zur Erleichterung des Erwerbes kleiner Pachtgüter. Durch die Vorlage werden die Grafschaftsräthe zum Ankauf von Grund und Boden ermächtigt und können denselben in Parzellen bis zu 50 Acres verkaufen und in Parzellen bis zu 10 Acres verpachten. Die Käufer müssen das Gut selbst cultiviren und dürfen dasselbe nicht in Astermiete verpachten. Die Grafschaftsräthe dürfen drei Viertel des Kaufpreises vorschreiben, der Käufer muß ein Viertel anzahlen, ein Viertel kann als perpetuelle Pachtzahlung verbleiben; der Rest ist innerhalb 50 Jahren in Raten zurückzuzahlen.

Bukarest, 22. Febr. Bei den gestrigen Stichwahlen für die Kammer wurden 11 Konservative und 7 Oppositionelle gewählt. Insgeamt sind 151 Konservative und 32 Oppositionelle aller Schattirungen gewählt.

Belgrad, 22. Febr. Der Budgetausschuß der Skupstchina hat für die diesjährigen Manöver nur 100 000 Francs bewilligt.

Belgrad, 22. Febr. Der gestrige Ministerrath beschäftigte sich, wie verlautet, mit den Mittheilungen der Vorlagen betreffend die Verzichtsleistung Milans an die Skupstchina,

sowie mit den verschiedenen hierauf bezüglichen, im radikalen Klub geäußerten Bedenken.

In der Skupstchina fragte Masic an, warum der Präsident der Skupstchina Katic sich, obwohl er gesund sei, von den Berathungen fernhalte. Der Vizepräsident erwiederte, Katic habe sich schriftlich krank gemeldet.

Belgrad, 22. Febr. Der Delegirte bei den Handelsvertragsverhandlungen in Wien, Monopoldirektor Dr. Pacu, wurde nach Belgrad berufen, um das Finanz-Portefeuille zu übernehmen. Derselbe trifft morgen hier ein. An seine Stelle wird wahrscheinlich der Sekretär im Handelsministerium, Popovic, nach Wien entsendet werden.

Sofia, 22. Febr. Der Prozeß gegen die Frauen Karawelloff, Oroschakoff und Georgoff hat heute begonnen. Die Anklageschrift führt aus, daß bekanntes Memoire in der Beltschew-Affaire an die Vertreter der Mächte in Sofia habe bezeugt, eine fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten Bulgariens herbeizuführen und verweist auf die abfälligen Urtheile der französischen Presse aus Anlaß der Veröffentlichung. Frau Karawelloff ist gefändig. Die Zeugenaussagen sind von keinem Belang. Nach dem Plaidoyer des Prokuraors erinnerte der Vertheidiger Stoiloff an zahlreiche Analogien in der bulgarischen Geschichte der letzten Jahre. Die Angeklagte habe nicht bezeugt, eine fremde Einmischung herbeizuführen, sondern nur eine Abkürzung des Gerichtsverfahrens gegen ihren verhafteten Gatten. — Die Verhandlung wurde sodann unterbrochen.

Gnesen, 23. Febr. [Priv.-Tel. d. "Pos. Ztg."] Der Knecht Stachowiak aus Wikowo bei Wittkovo, welcher wegen Ermordung der Dienstmagd Gurmak vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt wurde, ist heute früh $\frac{1}{2}$ Uhr durch Reindel hingerichtet worden.

Paris, 23. Febr. Der Abendzug von Paris nach Donau stieß bei Saint-Denis mit einem Rangirzuge zusammen. Ein Maschinenführer ist getötet, dreizehn Personen sind verwundet, darunter drei schwer.

Athen, 23. Febr. Die Kammer verwarf heute mit überwältigender Majorität die Anklage gegen das frühere Kabinett Trikupis, nachdem Delhannis erklärt hatte, politische und nationale Erwägungen erforderlichen die Freisprechung. Das Kammerpalais war von einer großen Volksmenge umgeben, militärische Maßnahmen waren getroffen, die beiden angeklagten Minister waren in der Sitzung abwesend.

Sofia, 23. Febr. Die Frauen Karawelloff, Groschakoff, Georgoff sind von der Anklage, durch das Memorandum in der Beltschewaffaire an die Vertreter der Mächte eine Einmischung Fremder in die inneren Angelegenheiten Bulgariens bezeugt zu haben, freigesprochen.

Angelommene Fremde.

Posen, 23. Februar.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Rittmeister Graf zu Stolberg-Wernigerode u. Lieut. Frhr. v. Malzahn a. Gnesen, die Rittergutsbes. Lieut. Frhr. v. Gersdorf a. Barsko, v. Bernuth mit Familie a. Borowo, v. Kalkreuth mit Frau a. Kurzig, Frau v. Delbaes mit Tochter a. Schloß Borowo. Baron v. Langermann-Erlenkamp mit Familie a. Lubin, Wendorff mit Tochter a. Bzlechow, Baroness v. Wechmar a. Bzlechow, Hauptm. v. Nuruah a. Kl. Münche, Rogalla v. Bieberstein a. Biolkovo, v. Keitish mit Frau a. Slomezzy u. Lucke a. Petershausen, Ober-Bürgermeister Braeske mit Frau a. Bromberg, Landrat u. Reichstags-Abgeordn. v. Hellmann a. Lissa, die Landräthe Hoffmann a. Kosten, Behrmauer mit Frau a. Neutomitsch, Dr. v. Willrich a. Birnbaum, Baum a. Grätz, Burchard a. Schrimm u. Schmelz a. Schröda, Sanitätsrat Jakobi a. Bromberg, Fabrikant Bruck a. Hamburg, die Kaufleute Heimes u. Kahn a. Lachen.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Käbelitz, Kraft, Stuttrich u. Jacobsen a. Berlin, Herlitz, Fränkel u. Friedländer a. Breslau, Krause a. Warshaw, Wolff u. Ballauf a. Schwelm, Schneider a. Nürnberg, Genthe a. Fahr a. Rhein, Kerls a. Bremen, Schmidt a. Düren, Martin a. Blaues i. B., Peßold a. Nottbus, Goldberg u. Scheu a. Kreisfeld, Meyer a. Neiß a. Rhein, die Rittergutsbesitzer v. Storzenstet a. Golmitz, Stegemann a. Schlesien, Lehmann u. Frau a. Ritsche, Postinspektor Frau Brell a. Berlin, Domänenpächter Preßing a. Kaiserswalde, die Landräthe Blomeyer a. Bleschen, v. Klitzing a. Dobritz, Wolff a. Mogilno, Apothekersbesitzer Frau Reinhard und Rechtsanwalt Frau Böh a. Birnbaum, Hauptmann Jablonski u. Major Schwerdtfeger a. Schrimm.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Zahlmeister Aspir. B. Keny aus Schrimm, Landschafts-Rath Gramatzki a. Saagen, die Kaufleute Gust. Seelig u. Schlüter a. Berlin, Meyer a. Nowrażlaw, Stations-Aspirant Scheffler a. Nakel, Maurermeister B. Voigt a. Görlitz, Sattlermeister Louis Bruder nebst Frau a. Schneidemühl.

Keilers Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Zweig u. Weil a. Breslau, Landt a. Wongrowitz, Horwitz a. Thorn, Schlimmer a. Überzyk, Freudlich a. Berkow, Seidel u. Kitzmann a. Wilcyn, Kloß a. Konin.

Theodor Janns Hotel garni. Referendar Breslauer a. Strelno, Kommiss. Löffelwitz a. Thorn, Landwirth Nehring a. Runow, Fabrikant Dietrich a. Eberswalde, die Kaufleute Bemmer a. Jerschni, Brieger a. Berlin.

Handel und Verkehr.

** **Köln**, 22. Febr. Der "Kölnischen Volkszeitung" zufolge hat das westfälische Coksyndikat in den letzten Tagen bedeutende Quantitäten Hocoferoks nach Luxemburg, Lothringen und Frankreich bis zum Ende des Jahres 1892 verkaufst und hierdurch einen bedeutenden Vorprung vor der belgischen und französischen Konkurrenz gewonnen.

Marktberichte.

** **Berlin**, 20. Febr. [Butter-Bericht von Gust. Schulze und Sohn in Berlin.] Obwohl der eigentliche heimische Konsum immer noch schwach war, können doch über ein lebhaftes Geschäft berichten, da Hamburger Käufer fast alle Einfuhrungen von feiner Hofbutter aus dem Markt nahmen und sind die Läger so gut wie geräumt. Preise für Hofbutter konnten dem-

zufolge 2 Mk. per 50 Kilo anziehen. Landbutter fand mehr Beachtung und findet die Zufuhren kleiner als bisher, wenn heute hier für Preise teilweise noch unverändert blieben, so scheint die Annahme einer baldigen Preiserhöhung für alle Qualitäten doch berechtigt. — Amtliche Notirungen der von der ständigen Deputation gewählten Notirungs-Kommission. Im Großhandel franko Berlin an Produzenten bezahlte Abrechnungspreise. Butter 1a. per 50 Kilo 117—120 Mk., 1a. 112—116 Mk., 1a. 108—111 Mk., absallende 102—105 Mk., Landbutter: Preußische 90—93 Mk., Neibrücher 88—93 Mk., Pommerische 90—93 Mk., Polnische 80—90 Mk., Schlesische 90—95 Mk., Margarine 40—70 Mk. Tendenz: Bessere Nachfrage bestätigte die Preise.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm;	Wind. 66 m Seehöhe.	Wetter.	Temp. Grad.
22. Nachm.	756,5	O mäßig	trübe	+ 7,0
22. Abends	756,7	O frisch	heiter	+ 2,5
23. Morgs.	758,7	O mäßig	bedeckt	+ 1,3
Am 22. Febr.	Wärme-Maximum +	7,0° Cel.		
Am 22.	Wärme-Minimum +	1,1° =		

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 22. Febr. Morgens 2,84 Meter.
= 22. Mittags 2,84 =
= 23. Morgens 2,84 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 22. Febr. Abwartend.
Neue 3proz. Reichsanleihe 84,00, 3½ proz. 2. Pfandbr. 96,90, Konso. Türk. 18,30, Türk. Goose 77,00, 4proz. ung. Goldrente 92,75, Bresl. Distontobant 93,25, Breslauer Wechslerbank 94,25, Kreditaktien 171,10, Schles. Bankverein 109,00, Donnersmarthütte 77,50, Flöther Maschinenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 122,00, Oberlese. Eisenbahn 54,25, Oberlese. Portland-Cement 96,75, Schles. Cement 133,00, Oppeln. Cement 104,00, Schles. Dampf. C. —, Kramsta 116,75, Schles. Zinnfäden 185,75, Laurahütte 104,25, Verein. Oelfab. 88,75, Österreich. Banknoten 173,00, Russ. Banknoten 202,50, Gießen. Cement 104,00.

Frankfurt a. M.

22. Febr. (Schlußkurse). Fest.
Börs. Wechsel 20,41, 4proz. Reichsanleihe 106,80, österr. Silberrente 81,30, 4½ proz. Papierrente 81,90, do. 5proz. Goldrente 95,70, 1860er Loos 124,20, 4proz. ungar. Goldrente 92,70, Italieni 89,50, 1880er Russen 92,10, 3. Orientali. 63,40, unif. Egypter 95,50, türk. Türk. 18,10, 4proz. türk. Antl. 82,50, 3proz. port. Antl. 28,70, 5proz. serb. Rente 76,10, 5proz. amort. Rumäniens 97,00, 6proz. toni. Mex. 78,70, Böhm. Westh. 303, Böhm. Nordbahn 157, Franzosen 247, Galizier 182, Gotthardbahn 136,40, Lombarden 77,1, Lübeck-Büchen 147,00, Nordwestbahn 179, Kreditaktien 265, Darmstädter 124,50, Mittelb. Kredit 97,00, Reichsb. 145,20, Diet. Kommandit 180,40, Dresden. Bank 133,00, Parker Wechsel 80,966, Wiener Wechsel 172,37, serbische Tabakrente 78,00, Bochum. Gussstahl 111,00, Dortmund. Union 57,50, Harpener Bergwerk 138,00, Hibernia 124,00, 4proz. Spanier 61,30, Matzner 112,00, Privatdiskont 2½ Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 265, Dis. Kommandit 180,90, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden Darmstädter —.

Wien, 22. Febr. Auf ungarische Thronrede fest, beide Kreditaktien und Renten lebhafter, Schluß reservirt, Montanwerth und Bahnen schwach.

Österr. 4½% Papier. 94,90, do. 5proz. 102,80, do. Silber. 94,45, do. Goldrente 111,20, 4proz. ung. Goldrente 107,90, 5proz. do. Papier. 102,35, Länderbank 204,30, österr. Kreditakt. 308,87, ungar. Kreditaktien 340,75 Wien. Börs. 112,25, Elbenthalbahn 226,00, Galizier 212,00, Lemberg-Czernowitz 246,75, Lombarden 86,50, Nordwestbahn 209,25, Tabakaktien 1

Spec short clear middl. Ruhig. 33.

Hamburg, 22. Febr. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holst. loko neuer 210–216. — Roggen loko ruhig, mecklenb. loko neuer 215–225, russ. loko ruhig, neuer 192–196. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübbö (unverz.) ruhig, loko 58,00. Spiritus matt, ver Febr.–März 35 $\frac{1}{4}$ Br., ver März–April 35 $\frac{1}{4}$ Br., p. April–Mai 35 $\frac{1}{4}$ Br., per Mai–Juni 35 $\frac{1}{4}$ Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 3000 Sad. — Petroleum ruhig. Standard white loko 6,35 Br., p. März 6,15 Br. — Wetter: Brachvoll.

Hamburg, 22. Febr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 68 $\frac{1}{4}$, per Mai 68, per Juli 65 $\frac{1}{4}$, pr. Nob. 63 $\frac{1}{4}$. Behauptet.

Hamburg, 22. Febr. Zudemmarkt (Schlussbericht.) Rübäder I. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Usance, fre. an Bord Hamburg v. Febr. 14,45, v. März 14,57 $\frac{1}{4}$, v. Mai 14,90, v. August 15,25. Ruhig.

Welt, 22. Febr. Produktenmarkt. Weizen loko flau, ver Frühjahr 10,38 Gd., 10,40 Br., per Herbst 9,26 Gd., 9,28 Br.

Hafer p. Frühjahr 5,95 Gd., 5,97 Br. — Neu-Mais p. Mai–Juni 5,44 Gd., 5,46 Br. — Kohlraps v. Aug.–Sept. 13,20 Gd., 13,30 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 22. Febr. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen träge, v. Februar 25,60, v. März 26,00, v. März–Juni 26,20, v. Mai–August 26,60. — Roggen träge, ver Februar 19,60, ver Mai–Aug. 19,10. — Mehl träge, v. Febr. 55,30, v. März 55,50, v. März–Juni 56,10, v. Mai–Aug. 56,90. — Rübbö fest v. Febr. 56,25, v. März 57,00, v. März–Juni 57,50, pr. Mai–Aug. 58,50. — Spiritus beh. v. Febr. 46,25, v. März 46,25, v. März–April 46,00, v. Mai–Aug. 45,00. — Wetter: Schön.

Paris, 22. Febr. (Schlussbericht.) Rübäder ruhig, 88 p.Ct.

Ioto 38,75 a 39. Weizen loko ruhig, Nr. 3 per 100 Kilo v. Febr. 40,12 $\frac{1}{4}$, v. März 40,37 $\frac{1}{4}$, v. März–Juni 40,75, v. Mai–August 41,25.

Parise, 22. Febr. (Teleg. der Hamb. Firma Petmann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork ist los mit 10 Points Haufe.

Rio 14000 Sac. Santos 15 000 Sac. Recettes für Sonnabend.

Parise, 22. Febr. (Teleg. der Hamb. Firma Petmann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, v. März 90,25, v. Mai 87,75, v. Sept. 83,25. Behauptet.

Antwerpen, 22. Febr. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen behauptet. Hafer besser. Gerste ruhig.

Antwerpen, 22. Febr. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raf-

finites Type weiß loko 15 $\frac{1}{4}$ bez. und Br., v. Febr. 15 $\frac{1}{4}$ Br., v.

März 15 $\frac{1}{4}$ Br., Sept.–Dez. 15 $\frac{1}{4}$ Br. Ruhig.

Antwerpen, 22. Febr. Wolle. (Teleg. der Herren Willems u. Comp.) Wolle. La Blata-Zug, Type B., per März 4,22 $\frac{1}{4}$, Junit 4,37 $\frac{1}{4}$, entfernte 4,42 $\frac{1}{4}$, Käufer.

Amsterdam, 19. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Termine willig, v. März 238, v. Mai 245. — Roggen loko geschäftlos, do. auf Termine niedriger, per März 221, per Mai 226. Raps per Frühjahr. — Rübbö loko 28 $\frac{1}{4}$, v. Mai 27 $\frac{1}{4}$, v. Herbst 27 $\frac{1}{4}$.

Amsterdam, 22. Febr. Banczazin 53 $\frac{1}{4}$.

Amsterdam, 22. Febr. Java-Kaffee good ordinary 55.

London, 22. Febr. 96 p.Ct. Javazader loko 16 $\frac{1}{4}$ ruhig.

London, 22. Febr. An der Küste 2 Weizenladungen ange-

boten. — Milde.

London, 22. Febr. Chilli-Kupfer 43 $\frac{1}{4}$, ver 3 Monat 44 $\frac{1}{4}$.

London, 22. Febr. Die Getreidezuführungen betrugen in der

Woche vom 13. bis 19. Februar: Englischer Weizen 2083, fremder 25 236, englische Gerste 3659, fremde 12 949, englische Malzgerste 22 008, fremde —, englisch. Hafer 842, fremder 37 897 Orts. Englisches Mehl 19 588, fremdes 51 706 Sac. und 400 Haft.

London, 22. Febr. (Aufgangsbericht.) Im Allgemeinen ruhiger. Weizen, Gerste und Mehl stetig. Hafer ruhig.

London, 22. Febr. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Feiner

englischer Weizen 1 h. höher gegen vorige Woche, fremder Weizen ruhiger $\frac{1}{4}$, bis 1 h. besser gegen vorige Woche, Hafer träge.

Nebrige Artikel ruhig, stetig.

Bradford, 22. Febr. Wolle stetiger, ruhig. Garne ruhig, matt, Stoffe geschäftlos. Mehrere Tausend Webefähle stehen still.

Glasgow, 22. Febr. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 6520 Tons gegen 5270 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Glasgow, 22. Febr. Roheisen. (Schluss.) Mixed numbers warrants 39 sh. 6 d. Käufer, 40 sh. 1 d. Verkäufer.

Liverpool, 22. Febr. Baumwolle. (Aufgangsbericht.) Muthmaschlicher Umsatz 8 000 Ball. Ruhig. Tagesimport 8 000 Ballen.

Liverpool, 20. Febr. Nachm. 1 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Ruhig. Febr.–März 3 $\frac{1}{4}$ Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Ruhig. Febr.–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar–März 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, März–April 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis, April–Mai 3 $\frac{1}{4}$ do., Mai–Juni 3 $\frac{1}{4}$ do., Juli–August 3 $\frac{1}{4}$, Käuferpreis.

Liverpool, 22. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

</